

## Nähe zu einigen Unternehmen

Zum Bericht: „SPD bekennt sich klar zum Kraftwerk“ vom 6. Juni.

Dass die Lünen SPD sich mehrheitlich für das Kraftwerk positioniert hat, mich nicht erstaunt, denn ihre Nähe zu einigen Unternehmen in Lünen ist auch mir nicht verborgen geblieben. Eine Begründung für diese Entscheidung, außer dem Standardargument „Schaffung von Arbeitsplätzen“, fehlt allerdings. Für mich zeugt das von wenig Sachkompetenz der Entscheider.

Man holt sich einen Experten, der 30 Jahre lang bei RWE im Kraftwerksbau tätig war oder ist – als Kaufmann, als Ingenieur? Mir fällt nur ein, dass man hier den Bock zum Gärtner macht: Welcher nicht unabhängige Experte würde denn seinen Arbeitgeber bzw. seine Arbeit in Frage stellen? Gleichzeitig diffamiert man sach- und fachkundige Bürger (u.a. Dipl.-Physiker, Ärzte, Lehrer, Ingenieure) als Panikmacher, nur weil sie eine andere Auffassung vertreten.

Deren Aussagen sind ganz klar belegbar. Die Aussagen der Politiker jedoch nicht, wie der offene Brief des Bürgermeisters an Herrn Matthée beweist. Auf seine konkreten Fragen wird auf andere Behörden verwiesen, weil man keine Aussagen machen kann. Aussagen auf konkrete

Fragen kann die Politik nicht machen, aber Entscheidungen fällen – ich frage mich, auf welcher Grundlage?

Jede Partei müsste doch froh sein, wenn sich die Bürger engagieren. Sie engagieren sich nämlich für die Stadt und reden diese keinesfalls schlecht. Diese Bürger leben nämlich in Lünen und wollen dort eigentlich auch weiter leben, alt werden und gesund bleiben. (...)

• **Renate Schulze-Matthée**  
Grenzstr. 162

## Ist SPD noch Volkspartei?

Zuschrift zum selben Thema.

Nach dem Muster „Schieß du Genosse. Ich hole Verpflegung“ sind die Parteioffiziere der SPD in der Kraftwerksdebatte wochenlang weggetaucht. (...)

Letzte Woche überraschte sie die Öffentlichkeit mit einer vierstündigen Debatte und mit nahezu stalinistischen Zustimmungsergebnissen von 10:2 und 19:1 für das Kraftwerk.

Damit war der höchste Genosse Kleine-Frauns sehr zufrieden. Auf seine Parteisol- daten ist halt immer noch Verlass. (Ein Arzt war natürlich nicht dabei.) Bei derarti-

gen Abstimmungsergebnissen fragt man sich allerdings, worüber hat die SPD vier Stunden diskutiert. Das Für und Wider zum Kraftwerk kann es bei dieser Geschlossenheit der Befürworter offensichtlich nicht gewesen sein.

Vielleicht war es ja die Frage, ob man sich vor dem Hintergrund von 6000 Lünen Bürgern, die sich mit ihrer Unterschrift gegen dieses Kohlekraftwerk ausgesprochen haben, noch Volkspartei nennen kann.

Vielleicht war es aber auch eine gewiefte Strategiedebatte darüber, wen man nun nach vorne schickt, um die Kohlen ins Feuer zu werfen. Genosse Kleine-Frauns zeigte in dieser Frage jedenfalls Führungsqualitäten und wies auf den Regierungspräsidenten Diegel (CDU), der es nun für die Genossen richten soll.

Wie, dass hat der RP. kürzlich bei seinem Besuch in der Stadt schon mal angedeutet: Das Genehmigungsverfahren ist vor dem Hintergrund des Investoreninteresses, des möglichen finanziellen Segens für die Stadt, der Gesundheit der Bürger und der Umwelt zu beurteilen, gab er bekannt. (...)

• **Fritz Seemann**  
Zum Pier 23

## Neue Dimension der Arroganz?

Auf Äußerungen von Regierungspräsident Helmut Diegel zum Kraftwerk (Ausgabe vom 2.6.) bezieht sich diese Zuschrift.

Ein dickes Ei hat der neue Regierungspräsident Helmut Diegel den Ratsvertreterinnen und -vertretern von CDU und SPD ins Nest gelegt. Bisher verschanzten sich diese immer hinter dem Genehmigungsverfahren in Arnsberg. Damit ist nun Schluss.

Zitat des Arnsberger Regierungspräsidenten: „Falls der Rat das Kohlekraftwerk will, stehen die Chancen gut.“

(...) Wollen CDU und SPD weiterhin die bereits hohen Vorbelastungen der Luft Lünens und die dann noch höheren Gesundheitsgefahren ignorieren? Wollen sie die um ihre Gesundheit besorgten fast 7000 Lünen Bürgerinnen und Bürger (Unterschriftenliste zum Einwohnerantrag) und die fundierte Meinung von ca. 90 niedergelassenen Ärzten nicht wahrhaben? Die UWG und Bündnis90/Die Grünen haben sich bereits gegen den Kohlekraftwerksneubau ausgesprochen. Ist das Verhalten der Kooperationsgemeinschaft der CDU und SPD im Rat nicht eine neue Dimension der Arroganz der Macht? Wird hier nicht der Bürgerwille mit Füßen getreten?

• **Peter Schultze**  
Stellenbachstraße 30

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift. Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Bitte schreiben Sie nicht mehr als 70 Zeilen (28 Anschläge), damit wir möglichst viele Leserbriefe abdrucken können. Wir behalten uns Kürzungen vor. Sie sind durch (...) gekennzeichnet.